

Rede von Ranka Prante zu TOPs 22 & 26: Stromnetze

193/2011

Kiel, 27. Mai 2011

Ranka Prante: „Stromnetzausbau nicht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger und mit Augenmaß.“

„Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

unser Ziel ist eine soziale und ökologische Energiewende. Wir wollen, dass bezahlbare, umweltfreundliche und sichere Energie produziert wird. Wir wollen zügig hin zu 100 Prozent Energie aus den Erneuerbaren.

Unser Energiekonzept beinhaltet den Atomausstieg bis 2014. Und wir wollen auch nicht, dass sinnlos Geld aus dem Fenster geworfen wird. Wir wissen alle, dass in Schleswig-Holstein Windkraftanlagen abgeschaltet werden müssen, weil der Strom nicht ins Netz eingespeist werden kann. Und natürlich haben die großen Stromkonzerne bisher kein Interesse daran gehabt, die Stromnetze auf die Erneuerbaren auszurichten, damit die hochprofitablen Atom- und Kohlekraftwerke am Netz bleiben können.

Aber wir dürfen jetzt nicht den Fehler machen und ohne Zielvorgaben den Ausbau des Stromnetzes zu fordern. Lassen Sie uns einen Schritt zurückgehen und das Bestehende betrachten. 2004 wurde in Zusammenarbeit mit den großen Stromkonzernen die dena-Studie angefertigt. In dieser Studie wurde unter anderem vorausgesagt, dass im Jahr 2010 insgesamt 5,4 Gigawatt Offshoreenergie und 24,4 Gigawatt Onshoreenergie im Jahre 2010 produziert werden würden. Naja und nun schreiben wir das Jahr 2011 und wir haben nur 0,2 Gigawatt Offshore-, dafür aber 27 Gigawatt Onshoreenergie. Also eine krasse Fehleinschätzung. Fakt ist aber, dass auf dieser Studie und damit auch auf den Fehleinschätzungen die bisherige Netzausbauplanung beruht.

Die Konsequenz daraus ist doch: Zunächst muss mit den bereits erstellten Stromnetzen gearbeitet werden und geplante Projekte müssen vor ihrer Umsetzung auf ihre tatsächliche

Notwendigkeit überprüft werden. Ziel muss es sein, den Netzausbau mit Augenmaß voranzubringen, unnötige Leitungen und damit unnötige Kosten zu vermeiden. Das gelingt aber nur mit dem Einsatz von unabhängigen Sachverständigen auf Landes- und Bundesebene. Das gelingt nur, wenn hier keine Politik für die vier großen Energiekonzerne gemacht wird.

Es ist uns als LINKE ein wichtiges Anliegen, dass der Ausbau der Stromnetze zügig, demokratisch, rechtssicher und unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vorgenommen wird. Dazu gehört unserer Meinung nach aber nicht, dass den Bürgerinnen und Bürgern der Instanzenzug verkürzt und damit die gerichtliche Kontrolle eingeschränkt wird. Denn wir müssen es ja mal beim Namen nennen: es geht hier um Enteignungen, die nicht nur ein Verlust an Eigentum zur Folge haben, sondern auch persönlich dramatische Auswirkungen auf den Enteigneten haben kann.

Unserer Meinung nach gehört zu einem demokratischen und bürgerfreundlichen Stromnetzausbau, dass die öffentliche Hand durch eigene kommunale und staatliche Unternehmen selbst Eigentümer der Stromnetze werden. Oder auch Bürgerparks, weil wir es nur so schaffen, eine echte demokratische Kontrolle zu bekommen und Investitionen dort zu tätigen, wo sie tatsächlich notwendig und richtig sind und so auch die Menschen mitnehmen können.

Der Umbau der Stromnetze hat nicht nur eine technisch-wissenschaftliche, sondern auch eine soziale Seite, die von allen anderen Fraktionen völlig außer Acht gelassen wird. Stromnetze müssen endlich als Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge gesehen werden und dürfen nicht der Willkür und der Profitgier einiger Weniger ausgesetzt sein. Alles in allem geht es also nicht nur um die verlässliche Bereitstellung von Strom, Wärme und Kraftstoffen. Es geht darum, wie sich unser Energiesystem auf das Klima, die Umwelt und die Bevölkerung auswirken.

Energiepreise, egal durch was auch immer sie verursacht worden sind, dürfen sich auf Bürgerinnen und Bürger nicht unverhältnismäßig belastend auswirken. Strompreise müssen sozial abgefedert werden. Deshalb fordern wir ein Verbot von Stromsperrern und die Einführung von Stromsozialtarifen. Es geht also um sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung als Grundlage für eine funktionierende Wirtschaft, für die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger und für den Schutz unserer Erde.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“